

Dringliche Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 10.07.2015

EU-Förderung 2014 bis 2020 in Niedersachsen - Eine Kette von Missverständnissen und Pannen?

Im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen für die Legislaturperiode 2013 bis 2018 heißt es auf Seite 7:

„Die rot-grüne Koalition wird die strategische Koordinierung der Landespolitik und die Zusammenarbeit der Ministerien in der EU-Förderung in den Vordergrund stellen.“

Und auf Seite 6 heißt es dazu:

„Niedersachsen braucht daher eine gemeinsame, mit den Ressorts abgestimmte konsistente Strategie für den Einsatz der EU-Mittel ...“.

Inzwischen wurde die EU-Förderung in Niedersachsen erheblich verändert. Beispielsweise wurde das Instrument der Regionalisierten Teilbudgets aus der vergangenen Förderperiode ersatzlos gestrichen. Die Landesregierung musste - auch nach Hinweisen aus der EU-Kommission - ihren Förderungsansatz mehrfach korrigieren.

Die EU-Förderung war mehrfach Thema von Beratungen im Landtag. Auch Ministerpräsident Stephan Weil musste sich mehrfach parlamentarischen Nachfragen stellen und seine Antworten bisweilen auch im Nachhinein berichtigen. Zuletzt geschah dies im Nachgang der Plenarsitzung des Landtages am 17. Dezember 2014. Mit Drucksache 17/2552 wurde ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Landtages mit folgendem Wortlaut verteilt:

„Sehr geehrter Herr Präsident,

ich komme zurück auf die Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages am 17. Dezember 2014. Bei der Beantwortung der Dringlichen Anfrage ‚Aus Brüssel nichts Neues - Bleibt es bei der finanziellen Genehmigung des Multifondsprogramms Ende 2014?‘ habe ich in meiner Antwort auf die Zusatzfrage des Abgeordneten Toepffer u. a. ausgeführt, dass die große Mehrzahl der Operationellen Programme der anderen Länder nach wie vor nicht genehmigt sei. Diese Aussage beruhte auf einen überholten Informationsstand, wie mir erst am folgenden Tag bekannt geworden ist.

Tatsächlich sind gerade auch noch im Dezember eine ganze Reihe von weiteren Genehmigungen erfolgt. Nach Äußerungen der EU-Kommission in dem entsprechenden Begleitausschuss ebenfalls am 17. Dezember 2014 gehe ich davon aus, dass die in Kürze auch für das Niedersächsische Programm gelten wird ...“

In der darauf folgenden Sitzungswoche des Landtages, am 21. Januar 2015, erklärte Ministerpräsident Weil mit Blick auf den Genehmigungsstand der EU-Förderprogramme laut Plenarprotokoll:

„Die Arbeiten zur Erstellung der Förderrichtlinie befinden sich im vollen Gange. Der überwiegende Teil der Förderrichtlinie wird im ersten Halbjahr 2015 veröffentlicht, nachdem diese zunächst dem Begleitausschuss und der Kommission vorgelegen haben.“

Diese Aussage bekräftigte eine Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 13. Februar 2015, in der es heißt:

„Die Landesregierung erarbeitet derzeit die weiteren rechtlichen und technischen Voraussetzungen für die Programmumsetzung; Mitte des Jahres soll die Förderung neuer Projekte beginnen.“

Am 2. Juli 2015 veröffentlichte die Staatskanzlei eine Pressemitteilung unter der Überschrift „Startschuss für neue EU-Förderperiode“ und gab im Rahmen einer Auftaktveranstaltung in Göttingen nach eigenen Angaben vor rund 450 geladenen Gästen den Startschuss für die neue Förderperiode der Europäischen Union.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Nach landläufiger Auffassung bildet die 27. Kalenderwoche eines jeden Jahres die Mitte desselben. Teilt die Landesregierung diese Einschätzung?
2. Wie viele Förderrichtlinien waren bis zum Ablauf der 27. Kalenderwoche 2015 umgesetzt und ermöglichen somit eine Förderung?
3. Hält der Ministerpräsident vor dem Hintergrund der Antwort auf Frage 2 an seiner Aussage fest, wonach der überwiegende Teil der Förderrichtlinien des Multifondsprogramms 2014 bis 2020 im ersten Halbjahr 2015 veröffentlicht wird und mit einer Förderung begonnen werden kann?

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender